

Niederschrift über die 23. Sitzung des Stadtrates

Sitzungsdatum: Montag, 07.02.2022
Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr
Ende der Sitzung: 18:30 Uhr
Sitzungsort: Festsaal Freiheitshalle

Anwesend:

OBERBÜRGERMEISTERIN

Döhla, Eva

BÜRGERMEISTERIN

Bier, Angela

BÜRGERMEISTER

Auer, Sebastian

STADTRÄTE

Adelt, Jürgen, Dr.
Böhm, Karola
Böhm, Michael
Etzel, Thomas
Fleischer, Wolfgang
Franke, Michaela
Fuchs, Renate
Gollwitzer, Kai
Heimerl, David
Hering, Andrea
Herpich, Christian
Kaiser, Alexander
Kampschulte, Peter
Kilincsoy, Aytunc
Kunzelmann, Max
Leitl, Patrick
Lentzen, Matthias
Lockenvitz, Felix
Mergner, Matthias
Popp, Pia
Rädlein-Raithel, Christina
Rambacher, Albert
Schmalfuß, Stefan
Schrader, Ingrid
Schrader, Klaus, Dr.
Senf, Peter
Strößner, Florian
Ulshöfer, Jochen
Wunderlich, Hülya
Zeh, Dominik
Zeitler, Klaus

UNTERNEHMENSBEREICHSLEITER

Baumann, Klaus
Fischer, Peter
Gleim, Stephan, Dr.
Wulf, Klaus

Abwesende und entschuldigte Personen:

STADTRÄTE

Bogler, Hilmar
Bruns, Gudrun
Dietrich, Maximilian, Dr.
Kiehne, Gudrun
Meringer, Reinhard
Singer, Matthias
von Rücker, Jörg

Schriftführerin:

Ute Schörner-Kunisch

518 Eröffnung

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a eröffnet die 23. Sitzung des Stadtrates und stellt fest, dass sämtliche Mitglieder des Stadtrates unter Zusendung der Tagesordnung zur heutigen Sitzung rechtzeitig eingeladen wurden.

Einwände gegen die Tagesordnung bestehen nicht.

Die Entschuldigungen von

Frau Stadträtin B r u n s,

Frau Stadträtin K i e h n e,

Herrn Stadtrat B o g l e r,

Herrn Stadtrat M e r i n g e r und

Herrn Stadtrat v o n R ü c k e r aus privaten Gründen

sowie

Herrn Stadtrat S i n g e r und

Herrn Stadtrat D r. D i e t r i c h aus beruflichen Gründen

werden anerkannt.

Das Haus ist beschlussfähig.

Das Protokoll über die 22. Sitzung des Stadtrates vom 17.01.2022 liegt zur Einsichtnahme auf. Sofern bis zum Ende der Sitzung keine Einwendungen vorgetragen werden, gilt dieses nach der Geschäftsordnung als genehmigt.

Die Anwesenheit der Stadratsmitglieder wird durch die Schriftführerin bestätigt.

Öffentliche Sitzung

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

519 Antrag Nr. 109 der Bündnis90/Die Grünen-Stadtratsfraktion: Entschärfung der WC-Problematik im Winter am Untreusee

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 20.01.2022 war bereits im Stadtratsinfoportal veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Tourismus zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

Im Rahmen der Bekanntgabe meldet sich Herr Stadtrat **D r . S c h r a d e r** zu Wort. Seine Fraktion würde sich sehr darüber freuen, dass es nun rasch zu einer Lösung dieser WC-Problematik gekommen sei. Es sei eine gemeinsame Anstrengung gewesen. Er bedankt sich insbesondere bei der Oberbürgermeisterin und der Familie Grünert für deren besonderes Engagement in dieser Sache. Er erklärt den Antrag zu aller Zufriedenheit für erledigt.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

**520 Antrag Nr. 110 von Herrn Stadtrat Böhm (Piratenpartei):
Prüfung der Machbarkeit einer Freifahrtzone ÖPNV im Innenstadtbereich**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag von Herrn Stadtrat Böhm (Piratenpartei) vom 21.01.2022 war bereits im Stadtratsinfoportal veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Zentrale Steuerung und Personal zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

**521 Antrag Nr. 111 von Herrn Stadtrat Böhm (Piratenpartei):
Prüfung der Machbarkeit einer Erweiterung des Stadtbusnetzes über die Stadt-
grenze hinaus**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag von Herrn Stadtrat Böhm (Piratenpartei) vom 22.01.2022 war bereits im Stadtratsinfoportal veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Zentrale Steuerung und Personal zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

**522 Antrag Nr. 112 von Herrn Stadtrat Böhm (Piratenpartei):
Änderung des Flächennutzungsplanes der Kernstadt nach BauNVO**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag von Herrn Stadtrat Böhm (Piratenpartei) vom 22.01.2022 war bereits im Stadtratsinfoportal veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Stadtplanung zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

**523 Antrag Nr. 113 der Bündnis90/Die Grünen-Stadtratsfraktion:
Unverzögliche Wiederherstellung der technischen Voraussetzungen für die tradi-
tionelle Weihnachtsbeleuchtung**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 26.01.2022 war bereits im Stadtratsinfoportal veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Tourismus zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

**524 Antrag Nr. 114 der SPD-Stadtratsfraktion:
Straßenbenennung "Am Eisteich"**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 03.02.2022 war bereits im Stadtratsinfoportal veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Stadtplanung zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
Vortragender:	Sozialrat Wulf
31 Stadtratsmitglieder	

525 Bestellung in den Jugendhilfeausschuss

Vortrag:

Nach Art. 19 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze i.V.m. § 3 Abs. 3 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Hof gehören dem Jugendhilfeausschuss neben stimmberechtigten Mitgliedern auch beratende Mitglieder an.

Folgende Mitglieder sind neu zu bestellen:

Ein Vertreter oder eine Vertreterin der Katholischen Kirche

Herr Pfarrer Stefan Fleischmann

als beratendes Mitglied für den bisherigen Vertreter der Katholischen Kirche, Herrn Pfarrer Hans-Jürgen Wiedow.

Mit Wirkung zum 01.07.2022 sind folgende Mitglieder neu zu bestellen:

Ein Bediensteter oder eine Bedienstete der zuständigen Arbeitsagentur

Herr Thomas Hager

als beratendes Mitglied für die bisherige Vertreterin der zuständigen Arbeitsagentur, Frau Sabine Pinkas.

Eine Stellvertreterin dieses Mitglieds in dieser Funktion

Frau Selina Kießling

als stellvertretendes, beratendes Mitglied für den bisherigen Stellvertreter der Bediensteten der zuständigen Arbeitsagentur, Herrn Thomas Hager.

Nach Vorberatung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 31.01.2022 empfiehlt dieser dem Stadtrat folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beruft Herrn Pfarrer Stefan Fleischmann als beratendes Mitglied und ab 01.07.2022 Frau Selina Kießling als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss. Herr Thomas Hager bleibt stellvertretendes beratendes Mitglied.

Beschluss:

Der Stadtrat schließt sich der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses an und stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

* * *

einstimmig beschlossen

Ja 34 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
Vortragender:	Sozialrat Wulf
31 Stadtratsmitglieder	

526 Antrag auf Sprengeländerung aufgrund des geplanten Grundschul-Neubaus der Christian-Wolfrum-Grundschule

Vortrag:

Aufgrund des geplanten Neubaus der Christian-Wolfrum-Grundschule bittet die Regierung von Oberfranken mit Schreiben vom 21.10.2021 um Antrag auf Sprengeländerung als Voraussetzung der Prüfung einer evtl. Förderung des Neubaus.

Hierzu ist vorgesehen das Straßen-Umsprengelungskonzept (von den Sprengeln der Neustädter-Grundschule und der Sophien-Grundschule werden Schüler dem Sprengel der Christian-Wolfrum-Grundschule zugeordnet) auf Grundlage der Schülerzahlprognose des staatl. Schulamtes und des Einwohnermeldeamtes der Stadt Hof ab Fertigstellung des neu zu errichtenden Grundschulgebäudes umzusetzen. Diese Umsetzung könnte dann eventuell zu Beginn des Schuljahres 2024/25 oder später erfolgen (nach absehbarer Baufertigstellung variabel).

Sophien-GS:

Gesamte Bismarckstr., Biengäßchen, Lorenzstr., Mühlstr. und Mühlberg (ca. 50 Schüler lt. Einwohneramt)

Neustädter-GS:

Gesamte Fischergasse, Altstadt und Rähmberg (ca. 20 Schüler lt. Einwohneramt)

Zur geplanten Umsprengelung von der Neustädter-Grundschule und der Sophien-Grundschule zur Christian-Wolfrum-Grundschule wurde Folgendes von Vertretern der Regierung von Oberfranken in Abstimmung mit dem Staatlichen Schulamtes angemerkt:

- Durch die Sprengeländerung sind die Neustädter- und die Sophien-Grundschule nicht in ihrem Bestand gefährdet.
- Die bestehende große Raumnot an der Sophienschule könnte durch eine Verringerung der Schülerzahl behoben werden.
- Für die betroffenen Neustädter-Grundschüler, die im Anschluss eine Mittelschule besuchen, bedeutet die Umsprengelung keine Veränderung, da die Schüler aus diesen Wohngebieten bereits jetzt nahezu vollständig an die Christian-Wolfrum-Mittelschule wechseln. Die von der Sprengeländerung betroffenen Grundschüler der Sophienschule befinden sich räumlich näher an der Christian-Wolfrum-Mittelschule als an der Münster-Mittelschule, die sie im Anschluss bislang besuchen müssten. Einige der Sophienschul-Grundschüler gehen auch jetzt schon im Anschluss an die Christian-Wolfrum-Mittelschule.
- Die Christian-Wolfrum-Mittelschule kann ihre renovierungsbedürftigen Außenstandorte (Alte Angerschule sowie Schulhaus Leimitz) aufgeben und alle Schülerinnen und Schüler, einschließlich der offenen Ganztages-Gruppen der Mittelschule, in einem Schulhaus unterbringen.

Die Sprengeländerung ist Voraussetzung für die Festlegung des Bedarfes an Klassen bei dem angestrebten Neubau der Christian-Wolfrum-Grundschule Hof.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen der Sprengeländerung von der Neustädter-Grundschule und der Sophien-Grundschule zur Christian-Wolfrum-Grundschule die Zustimmung zu erteilen. Die Verwaltung wird beauftragt das Umsprengelungsverfahren bei der Regierung von Oberfranken zu beantragen.

Aussprache:

Herr Stadtrat G o l l w i t z e r bittet im Rahmen der Aussprache darum, da es sich um eine Beeinträchtigung der gesamten Schulfamilien handeln würde, dass gerade in den ersten Jahren der Übergangszeit eine sehr frühzeitige Information der betroffenen Schülerfamilien erfolgen soll und zum anderen Gastschulanträge aufgeschlossener behandelt werden sollten. Außerdem möchte er seine Anregung nochmals aufgreifen, ob nicht im Rahmen dieser Neubesprengelung auch ein paar andere Missstände beseitigt werden könnten, nach den Geboten Sicherheit des Schulweges und kürzester Schulweg.

Herr Sozialrat W u l f sichert eine Überprüfung dieser Anregungen zu. Eine Umsprengelung sei immer schwierig, aber man werde alle Möglichkeiten in Betracht ziehen.

Beschluss:

Nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss schließen sich die Mitglieder des Stadtrates einstimmig dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an.

* * *

einstimmig beschlossen

Ja 34 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
Vortragender:	Verwaltungsdirektor Fischer
31 Stadtratsmitglieder	

527 Beteiligungsbericht (Stand 31.12.2020)

Vortrag:

Nach Art. 94 Abs. 3 der Gemeindeordnung (GO) hat die Gemeinde einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, wenn ihr mindestens 5 v. H. der Anteile des Unternehmens gehören.

Dieser Bericht ist dem Stadtrat vorzulegen. Es muss ortsüblich darauf hingewiesen werden, dass jeder Einsicht nehmen kann.

Der Bericht stellt sicher, dass die Stadt Informations- und Kontrollbefugnisse auch dann ausübt, wenn sie nicht selbst, sondern ein von ihr kontrolliertes Unternehmen in Erfüllung einer gemeindlichen Aufgabe tätig wird.

Der vorgelegte Bericht zum Stand 31.12.2020 beruht auf den vorgelegten Jahresabschlüssen und –berichten der einzelnen Unternehmen und enthält insbesondere Angaben über

- die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
- die Beteiligungsverhältnisse,
- die Zusammensetzung der Organe der jeweiligen Gesellschaften und
- die Ergebnisse der vorliegenden Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt, nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss, zustimmend Kenntnis von dem Beteiligungsbericht und den Ausführungen.

Der anliegende Beteiligungsbericht (Stand 31.12.2020) bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.

* * *

einstimmig beschlossen

Ja 34 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
Vortragender:	Verwaltungsdirektor Fischer
31 Stadtratsmitglieder	

528 Erfüllung der Auflagen des Bescheides der Regierung von Oberfranken vom 09.12.2021 über die Gewährung von Bedarfszuweisungen gemäß Art. 11 FAG

Vortrag:

Der Stadt Hof wird vom Freistaat Bayern mit Bescheid vom 09.12.2021 über die Gewährung von Bedarfszuweisungen gemäß Art. 11 BayFAG eine Stabilisierungshilfe von insgesamt 4,3 Mio. € (Säulen 1 und 2) nur gewährt, wenn aufschiebende Bedingungen durch die Stadt Hof bis zum 31.03.2022 erfüllt werden.

Im Bescheid der Regierung von Oberfranken vom 09.12.2021, der den Stadtratsmitgliedern zur Verfügung gestellt wurde, werden insbesondere folgende Regelungen getroffen:

1. Bewilligung einer Stabilisierungshilfe der Säule 1 (zur außerordentlichen Schuldentilgung) von 3,5 Mio. € **unter der Bedingung** der Vorlage eines Beschlusses des Stadtrates, wonach 2022 das Verhältnis von Kreditneuaufnahmen zur ordentlichen Tilgung

- innerhalb des Haushaltes (das sind der kamerale Kernhaushalt der Stadt Hof und die Regiebetriebe Bauhof, Freiheitshalle und Krematorium)
- zuzüglich der Verbindlichkeiten bzw. Betätigungen außerhalb des Haushaltes einschließlich der Beteiligungen ohne Haftungsbeschränkung bzw. mit bestehender Verlustausgleichs- bzw. Beitragsverpflichtung (Verbindlichkeiten der Kategorie 1) (das sind im Bereich der Stadt Hof nur der Abfallzweckverband und der Zweckverband Automobilzuliefer- und Technologiepark HochFranken)

bei maximal 75 % (bisher waren es 100 %) liegen wird.

2. Bewilligung einer Stabilisierungshilfe der Säule 2 (als Investitionsbeihilfe für Investitionen des Haushaltsjahres 2022) von 0,8 Mio. € **unter der Bedingung** der Vorlage eines Beschlusses des Stadtrates, wonach 2022 das Verhältnis von Kreditneuaufnahmen zur ordentlichen Tilgung

- innerhalb des Haushaltes (das ist der kamerale Kernhaushalt der Stadt Hof und die Regiebetriebe Bauhof, Freiheitshalle und Krematorium)
- zuzüglich der Verbindlichkeiten bzw. Betätigungen außerhalb des Haushaltes einschließlich der Beteiligungen ohne Haftungsbeschränkung bzw. mit bestehender Verlustausgleichs- bzw. Beitragsverpflichtung (Verbindlichkeiten der Kategorie 1) (das sind im Bereich der Stadt Hof nur der Abfallzweckverband und der Zweckverband Automobilzuliefer- und Technologiepark HochFranken)

bei maximal 75 % (bisher waren es 100 %) liegen wird.

Eine Auszahlung erfolgt daher nur bei Erfüllung aller Bedingungen.

Grundsätzlich ist die Forderung der Vermeidung der Nettoneuverschuldung im kameralem Kernhaushalt und in den Regiebetrieben Bauhof, Freiheitshalle und Krematorium ab dem Jahr 2020 seit dem Bescheid für das Jahr 2018 bekannt. Hierzu hat der Stadtrat im Jahr 2019 einen entsprechenden Beschluss am 25.02.2019 gefasst. **Neu war ab dem Jahr 2021**, bei der Betrachtung der Nettoneuverschuldung auch die Beteiligungen der Stadt Hof im Rahmen von Zweckverbänden einzubeziehen. Bei der Stadt Hof davon betroffen sind – nachdem Kreditaufnahmen im Bereich der Wasserversorgung und der Abwasserbe-

seitigung ausgenommen werden - der Abfallzweckverband und der Zweckverband Automobilzuliefer- und Technologiepark HochFranken, bei denen die Stadt Hof neben dem Landkreis Hof bzw. der Gemeinde Gattendorf beteiligt ist. Damit hat die Kreditaufnahme dieser beiden Zweckverbände seit dem Jahr 2021 Einfluss auf die Beurteilung der Erfüllung der Auflagen des Stabilisierungshilfebescheides der Stadt Hof.

Völlig neu ist aber die Beschränkung der Neukreditaufnahmen auf lediglich 75 % der ordentlichen Tilgungen im Jahr 2022.

Derzeit scheint es aus der Sicht der Stadtkämmerei möglich, den Haushalt 2022 so aufzustellen, dass es letztlich zu keiner Nettoneuverschuldung auch unter Einziehung der Regiebetriebe Bauhof, Freiheitshalle und Krematorium sowie der beiden Zweckverbände (Abfallzweckverband und Zweckverband Automobilzuliefer- und Technologiepark HochFranken) in den Haushaltsatzungen 2022 kommt und darüber hinaus auch die neue verschärfte Bedingung von neuen Krediten im Rahmen von lediglich 75 % der ordentlichen Tilgungen im Jahr 2022 eingehalten wird. **Entscheidend ist aber, dass die abschließenden Haushaltsplanberatungen 2022 unter dieser Prämisse erfolgen müssen.**

Die Verwaltung schlägt daher vor, dass der Stadtrat den geforderten Beschluss fasst.

Beschlussvorschlag:

1. Der Haushaltsplan 2022 wird so aufgestellt, dass das Verhältnis von Kreditneuaufnahmen zur ordentlichen Tilgung im kameralen Kernhaushalt sowie den Regiebetrieben Bauhof, Freiheitshalle und Krematorium maximal 75 % beträgt. Dabei werden die Kredite für Maßnahmen der kostenrechnenden Einrichtung der Abwasserbeseitigung, die über Beiträge und Gebühren nach Art. 8 KAG kostendeckend betrieben wird, nicht berücksichtigt. Um dieser Vorgabe zu entsprechen, ist der Beginn neuer Maßnahmen im Vermögenshaushalt (außerhalb der Investitionen der Abwasserbeseitigung) auf das zu beschränken, was in keinem Fall auf das Jahr 2023 verschoben werden kann. Begonnene Maßnahmen sollen grundsätzlich abgeschlossen werden.
2. Der Abfallzweckverband und der Zweckverband Automobilzuliefer- und Technologiepark HochFranken werden aufgefordert, in den Haushalten 2022 in der Gesamtbetrachtung ebenfalls nur Kreditaufnahmen im Rahmen von 75 % der ordentlichen Tilgung der zum 31.12.2021 aufgenommenen Kredite vorzusehen. Soweit Haushalte 2022 bereits beschlossen wurden, die dieser Forderung in der Gesamtbetrachtung dieser beiden Zweckverbände nicht entsprechen, sind entsprechende Nachtragshaushaltspläne bis 31.03.2022 zu beschließen.

Beschluss:

Die Mitglieder des Stadtrates schließen sich der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses an und stimmen dem vorstehenden Beschlussvorschlag der Verwaltung einstimmig zu.

* * *

einstimmig beschlossen

Ja 34 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

529 Fortführung des Citymanagements in Hof

Information:

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a informiert zum Sachstand der Fortführung des Citymanagements. Man sei sich einig gewesen, dies mit Fördermitteln zu etablieren und hätte ursprünglich im Frühling beginnen wollen. Aber jetzt sei man nicht im Bayer. Förderprogramm untergekommen sondern im Bundesprogramm. Daher würde es zeitlich etwas hinterherlaufen und man könne keinen genauen Startpunkt nennen, da man Ende Februar diesen ausgearbeiteten Förderantrag abgeben müsse und erst danach dann eine Auftragserteilung möglich sei. Für den Umwelt- und Planungsausschuss sei es zur ausführlichen Behandlung im Rahmen der Tagesordnung vorgesehen.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

530 Online-Anmeldeverfahren für Kitas

Anfrage:

Herr Stadtrat Leitl stellt eine Anfrage zur Möglichkeit der Online-Anmeldung für Kitas. In den letzten Tagen hätte man viel über das Thema Digitalisierung lesen können. Weiterhin sei eine Mutter direkt an ihn herangetreten und hätte ihn hinsichtlich der Anmeldewoche in den Kitas dazu gefragt. Die Suche nach einem Kita-Platz würde sich für viele Eltern als schwierig gestalten und man könnte sein Kind nicht zwingend dort unterbringen, wo man gerne möchte. In diesem Zusammenhang würde auch im Grundsatzpapier zur Digitalisierung die Einführung einer Online-Anmeldewoche enthalten sein. Dies sei natürlich nicht leicht, da man vor allem freie Träger hätte. Er möchte wissen, wie der Sachstand sei und ob mit einer Einführung zum nächsten Anmeldejahr gerechnet werden könnte. Für Eltern und Träger wäre dies sicher ein Gewinn, da man die Doppel- und Dreifachanmeldungen verhindern könne, was den Verwaltungsaufwand der Einrichtungen erheblich minimieren würde.

Herr Sozialrat W u l f antwortet, dass man an dem Thema zusammen mit dem Digitalisierungsbeauftragten arbeiten würde. Es sei geplant, dass man mit allen Kitaträgern und Kitaleitungen ins Gespräch komme. Eine Abstimmung mit den freien Trägern sei erforderlich. Er sei auch der Meinung, dass es letztendlich nur Vorteile haben könnte und die Online-Anmeldung ab dem Jahr 2023 möglich sei.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

531 Sachstand Gelände Ringlokschuppen

Anfrage:

Herr Stadtrat **S c h m a l f u ß** erkundigt sich nach dem Sachstand zum Gelände, auf dem der Ringlokschuppen gestanden hätte. Dieser sei vor gut einem Jahr abgerissen worden. Gerade das Bahnhofsviertel sei von einigen unschönen Plätzen und verfallenen Häusern geplagt und sollte nicht mit weiteren belastet werden. Die Bewohner des Bahnhofsviertels und vor allem der Verein „Bürger am Zug e.V.“ würden sich für das weitere Vorgehen sehr interessieren.

Frau Oberbürgermeisterin **D ö h l a** erwidert, dass auf dem Areal des Ringlokschuppens nach wie vor ein Hotel mit 89 Zimmern geplant sei. Die Stadtplanung würde derzeit zusammen mit dem Eigentümer einen städtebaulichen Vertrag als Planungsgrundlage erarbeiten, der in den nächsten Wochen abgeschlossen werden soll und somit ein Baubeginn in diesem Jahr möglich wäre. Es würde noch einen auf dem Areal liegenden unbelasteten Schutthaufen geben, der bei dem Vorhaben mit verbaut werden könnte.

Zu den angesprochenen verfallenen Häusern in der Schillerstraße und dem Gebäude „Petit Paris“ könne sie mitteilen, dass für das Gebäude in der Schillerstraße 19 am 15.02.22 die Anhörungsfrist enden würde. Die Stadt hätte den Rückbau dieses Gebäudes mit Bescheid angeordnet. Nach Ablauf dieser Frist würde dann die Beseitigungsanordnung mit Androhung eines Zwangsgeldes folgen. Beim Gebäude des „Petit Paris“ soll dem Eigentümer ebenfalls ein Bescheid mit Fristsetzung zur Durchführung zugestellt werden. Hier würde es vor allem um die Dachkonstruktion und die Kamine gehen, da man vor allem von diesen die Sicherheit gefährdet sehe. Man würde erwarten, dass der Eigentümer nicht handeln werde und eine Ersatzvornahme des Rückbaus durch die Stadt Hof erfolgen wird. Die Kosten für diesen Teilrückbau würden derzeit vom Fachbereich ermittelt. Die Haushaltsmittel wären auch bereits zugesichert.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

532 Schutz gegen Hochwasser am Leimitzbach

Anfrage:

Herr Stadtrat **H e r p i c h** bezieht sich in seiner Anfrage auf einen Artikel der Frankenpost vom 04.02.22, in dem über einen Informationsaustausch im Hofer Rathaus zum Hochwasserschutz am Leimitzbach berichtet worden sei. Er sei von einem Anwohner darauf angesprochen worden, der sehr irritiert darüber sei. Er möchte nun wissen, wann dieser Termin stattgefunden hätte und welcher Personenkreis dazu eingeladen gewesen wäre. Er möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass für das Hochwasser auch das über die Enoch-Widman-Straße kommende und über die Wiese laufende Starkregenwasser mit verantwortlich sei. Man müsse die Ursachen und nicht die Symptome bekämpfen.

Frau Oberbürgermeisterin **D ö h l a** bestätigt, dass sie ebenfalls von Anwohnern aus der Breslaustraße angesprochen worden sei, weshalb diese nichts von einem Informationsaustausch gewusst hätten. Dieser Termin sei nicht auf allgemeine Einladung der Stadt zustande gekommen. Es sei eine Gruppe von Anwohnern aus der Heiligengrabstraße auf die Verwaltung vor längerer Zeit zugekommen und hätte einen Termin angeregt. Dies sei nur eine Initiative von mehreren, bei denen Anwohner auf die Verwaltung zugekommen wären. Auf Wunsch verschiedenster Anwohner hätte es verschiedene Ortstermine gegeben. Dieser von Herrn Herpich angesprochene Termin hätte am 31.01.2022 stattgefunden. Hierbei hätte man auch die identifizierten Maßnahmen aus dem Hochwasserkonzept vorgestellt und sei zu der Meinung gekommen, dass dies auch für einen größeren Personenkreis interessant wäre, daher würde man eine Pressemitteilung herausgeben, da sich noch mehr Menschen dafür interessieren würden, wie es weiter gehen soll.

Zur angesprochenen Problematik des herablaufenden Wassers von der Enoch-Widman-Straße kommend führt Herr Baudirektor **D r. G l e i m** aus, dass es sich um eine Mischung aus den Gewässern dritter Ordnung zusammen mit der Kanalisation handeln würde und an diesem Tag damals alles zusammen gekommen sei und somit bei den Bürgern für eine gewisse Verunsicherung sorgen würde. In den letzten Monaten hätten viele Gespräche an verschiedenen Stationen im Stadtgebiet stattgefunden. Der Hochwasserschutz sei eine Aufgabe für die nächsten Jahre.

* * *

Anfrage gestellt

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

533 Wasserschaden im Theater Hof

Anfrage:

Frau Stadträtin S c h r a d e r schickt ihrer Anfrage voraus, dass die CSU-Fraktion und sicher auch alle anderen Stadtratsmitglieder von der Situation im Theater betroffen wären. Die Belegschaft würde nun Zuspruch und Rückhalt von allen benötigen.

Sie hätte heute den peinlichen Artikel der FAB/Freien-Fraktion in der Frankenpost gelesen, der schon einige Zweifel an der Haltung dieser Fraktion zur Kultur aufkommen lassen würde. Für die CSU-Fraktion betone sie, dass aus deren Sicht verantwortungsvolle Stadtratsmitglieder hinter dem Theater stünden und es nach Kräften unterstützen würden.

Sie hätte zwei Fragen, die sicher heute nicht vollumfänglich beantwortet werden können.

1. Gibt es eine erste Einschätzung des durch die Auslösung der Sprinkleranlage entstandenen Schadens? Hätte man hier schon einen ersten kleinen Überblick, nachdem ein paar Tage vergangen sind?
2. Welche Auswirkungen bestünden auf die weiteren Aussichten des Spielbetriebs im Theater Hof. Sie freue sich, dass die aktuelle Produktion schnell in den Festsaal wechseln konnte. Es sei allerdings so, dass die Bühne im Festsaal nicht für alle Produktionen des Theaters geeignet sei und somit nicht alle Veranstaltungen dort stattfinden könnten.

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a führt aus, dass es ständig einen neuen Stand geben würde, da alle Betroffenen auf Hochtouren an dem Problem arbeiten würden. Sie könne bestätigen, dass die Einschnitte bühnentechnischer Art riesig wären. Man sei bereit zu improvisieren, aber dem wären auch Grenzen gesetzt. Es gäbe veranstaltungs- und versicherungstechnische Belange zu berücksichtigen. Zur Überprüfung der Bühnentechnik sei heute eine Elektrofirma vor Ort gewesen. Man hoffe, dass die Hauptbühne zur Reinigung bald freigegeben werden könne, damit technische Proben, wie das Aufstellen von Bühnenbildern, wieder möglich wären und auch eine improvisierte technische Einrichtung aufgebaut werden könne. Ein Totalausfall bei der Beleuchtung, also eine neue Scheinwerferanlage, wäre der größte Posten, der die Millionengrenze überschreiten könnte. Beim Strom sei eine Prüfung seit heute früh in Gange, die Prüfung der Elektronik werde diese Woche beginnen - 3 mobile Steuerungspulte wären bereits abgeholt worden. Beim Bühnenboden sei die größte Sorge, dass die Trittschalldämmung durch das Wasser beschädigt worden sei und ob eine Trocknung möglich wäre oder der Holzboden wieder ausgebaut werden müsse. Bei der Drehscheibe sei die Elektrik sehr in Mitleidenschaft gezogen worden und könne vorerst nicht betrieben werden ebenso sei eine Aussage zu den Kosten noch nicht möglich. Zusammenfassend könne der Schaden als umfassend bezeichnet werden und leicht die Millionengrenze überschreiten. Sie würde wahrnehmen, dass jeden Tag alle Mitarbeiter im Theater und die Leitung extrem flexibel und verantwortungsbewusst und lösungsorientiert mit der Sache umgehen und sich Lösungen einfallen lassen würden. Sie hätten, wie Frau Schrader schon ausgeführt hätte, allen Zuspruch und Anerkennung verdient. Sie würden derzeit eine organisatorische und auch psychische Belastung erfahren und man müsse Respekt vor dem Krisenmanagement haben, in das sie auch das städt. Bauamt und Kulturamt mit einbeziehen möchte, die nun auch wieder zusätzliche Arbeit hätten. Außer mit Worten könne man auch Taten folgen lassen und daher hätte heute jeder eine Kartenvorbestellung für eine Veranstaltung von „Walk on the wild side“ auf seinem Platz vorgefunden und sicher würden sich die Theatermitarbeiter sehr freuen, wenn viele Stadtratsmitglieder von diesem Angebot Gebrauch machen würden.

Herr Stadtrat D r . A d e l t bestätigt die Unantastbarkeit des Leuchtturms Theater. Weiterhin schließt er sich dem Dank an alle Mitarbeiter und den Ausführungen seiner Vorrednerinnen an. Die Künstler wären durch den Schaden am meisten betroffen. Man hätte sich auf Vorstellungen gefreut und nun müsse man wieder für längere Zeit darauf verzichten. Ein trauriges Kapitel sei der Bericht der FAB/Freie-Fraktion in der heutigen Tagespresse. Er hätte die FAB als eine Gruppierung kennengelernt,

die für die Stadt Hof gewesen sei. Das hier sei nur ein Podium für diejenigen, die sich in die Startlöcher für 2026 begeben wollen und sei anderen nicht zumutbar.

Herr Stadtrat **R a m b a c h e r** möchte mit aller Deutlichkeit sagen, dass er Verständnis hätte, aber die Ausführungen von Herrn Dr. Adelt nicht komplett unterstrichen werden könnten. Die Mitarbeiter im Theater würde keine Schuld treffen. Seine Kritik an der sog. Hochkultur sei immer nur, nach seiner Meinung berechnete Kritik, an den Bestimmungen des Zweckverbandes gewesen und niemals eine Kritik am Theater oder den Symphonikern selber. Da hätte es unterschiedliche Meinungen gegeben, aber man müsse auch darüber reden können wie die Kosten sich gestalten. Mittlerweile würde in dieser Hinsicht auch etwas unternommen werden. Er verwehrt sich gegen Vorwürfe, dass die FAB das Theater abschaffen wolle. Überhaupt nicht verstanden hätte er die Aussage von Herrn Dr. Adelt wer sich aus seiner Fraktion für 2026 profilieren wolle. Er bedauere die Berichterstattung in der heutigen Frankenpost und entschuldigt sich dafür. Nach seiner Meinung sei es wohl ein Kommunikationsfehler gewesen. Das hätte nicht passieren dürfen, aber es sei geschehen und würde auch bei anderen vorkommen. Seine Person und Fraktion hätte daran überhaupt keine Schuld. Das Mitgefühl liege auf jeden Fall bei den Mitarbeitern und Verantwortlichen des Theaters und seine Fraktion werde alles unterstützen und mittragen, was dem Theater helfen könne.

Im späteren Verlauf am Ende der nichtöffentlichen Sitzung lädt Herr Stadtrat **K a m p s c h u l t e**, der von dieser Katastrophe direkt betroffen sei, Herrn Stadtrat Rambacher ein, sobald es möglich sei, in der Kulturkantine, die von dieser Katastrophe nicht direkt betroffen sei, einmal ein schönes Konzert stattfinden zu lassen, wozu auch alle Stadratsmitglieder eingeladen wären, da man bald wieder bis zu 60 Personen als Besucher zulassen dürfte.

* * *

Anfrage gestellt

g.w.v.

Eva Döhla
Oberbürgermeisterin

Ute Schömer-Kunisch
Schriftführe/in